

05.04.2016

2.Neudruck

Innenausschuss
Daniel Sieveke MdL

Ausschuss für Kommunalpolitik
Stefan Kämmerling MdL

Einladung

81. Sitzung (öffentlich)
des Innenausschusses (**alle TOPe**)
117. Sitzung (öffentlich)
des Ausschusses für Kommunalpolitik (**nur TOP 1**)
am Donnerstag, dem 7. April 2016,
mittags, 10 Min. nach Ende der 80. Sitzung des Innenausschusses
(ca. 11.45 Uhr), Raum E 3 D 01

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Abs.1 der Geschäftsordnung des Landtags berufen wir die Ausschüsse ein und setzen folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

1. Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/11251
Stellungnahme 16/3591

in Verbindung mit

Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben - Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Schriftliche Anhörung (Verteiler und Fragestellungen siehe Anlage):
Stellungnahme 16/3622, Stellungnahme 16/3623, Stellungnahme 16/3624,
Stellungnahme 16/3626

abschließende Beratung und Abstimmung

2. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/11250
Stellungnahme 16/3595
Vorlage 16/3826

abschließende Beratung und Abstimmung

3. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/10380
Ausschussprotokoll 16/1189
Vorlage 16/3791

4. Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10060
Vorlage 16/3530

5. Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein - die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden!

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216

6. Kriminalitätsbekämpfung intensivieren: Verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen ("Schleierfahndung") ermöglichen!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11307

7. Abi-Krawalle in Köln – Hat die Polizei rechtzeitig eingegriffen?

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3827

8. Funkausstattung der Spezialeinsatzkräfte in NRW noch immer nicht auf Digitalfunk umgestellt?

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3834

9. Funktionieren Fehlerkultur und Beschwerdemanagement bei der Polizei wie gewünscht? Und wann wird in NRW die EU-Aufnahmerichtlinie beachtet?

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3828

10. Aktuelle Lage nach den Anschlägen in Brüssel

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3829

11. Zahl der Einbrüche auf nie dagewesenem Rekordniveau – welche Maßnahmen des Konzepts MOTIV und personellen Verstärkungen der Einbruchsdezernate bei der Kripo hat es tatsächlich gegeben?

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3830

12. Aktueller Sachstand zu massiven Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen NRW-Städten

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3831

gez. Daniel Sieveke
- Vorsitzender -

F. d. R.

Birgit Hielscher
Ausschussassistentin

Anlage:
Verteiler und Fragestellungen zu TOP 1 (schriftliche Anhörung)

Schriftliche Anhörung des Innenausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen

Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - „Flüchtlingspauschale“

Verteiler

Städtetag Nordrhein-Westfalen

Landkreistag Nordrhein-Westfalen

Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herr Pit Clausen

Bürgermeister der Stadt Emsdetten
Herr Georg Moenikes

Bürgermeister der Stadt Bad Honnef
Herr Otto Neuhoff

Städtetag Baden-Württemberg
Herr Gerhard Mauch
Dezernat IV

Fragestellungen

1. In Stellungnahme 16/3591 der kommunalen Spitzenverbände NRW zu dem **Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/11251, Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes**, erwarten diese, dass die Landesregierung sicherstellt, dass die Anrechnung von bis zu 1.000 Plätzen auf die Aufnahmeverpflichtung bei Übernahme besonderer Aufgaben von einer Gemeinde nicht zu Lasten der übrigen Städte und Gemeinden bei der FlüAG-Pauschale berücksichtigt wird. Wie erwarten Sie die Ausgestaltung einer Änderung des Gesetzes? Was ist Ihrer Meinung nach anzupassen?
2. Neben der grundsätzlichen Höhe der den Kommunen zufließenden Mittel für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ist häufig von 'ungerechter' Verteilung die Rede, insbesondere an Kommunen, in denen auch Landeseinrichtungen betrieben werden. Gemeint ist, dass aktuell die Pauschalen z.B. auch gezahlt werden, wenn eine Kommune aufgrund der Anrechnung der Kapazitäten einer großen Landesunterbringung gar keine Geflüchteten mehr aufnehmen muss. Wäre Ihrer Meinung nach die Anrechnung der Kapazitäten der in den Kommunen betriebenen Landesunterkünfte nicht nur auf die von der Kommune noch aufzunehmende Zahl von Asylbewerbern, sondern auch auf die jeweils gezahlten Pauschalen ein Weg, die beklagten Ungerechtigkeiten auszugleichen? Welchen anderen Weg würden Sie gegebenenfalls vorschlagen?
